



RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Abschlussprüfung für Rechtsanwaltsfachangestellte Sommer 2017

Name:	
Vorname:	
Kenn-Nr.::	
Ort:	
Datum:	27.04.2017
Prüfungsfach:	Wirtschafts- und Sozialkunde
Bearbeitungszeit:	60 Minuten
Zugelassene Hilfsmittel:	<ul style="list-style-type: none">- Gesetzessammlung „Schönfelder“,- Aktuelle Gesetzestexte ohne Erläuterung und Kommentierungen,- Taschenrechner,- Gebührentabellen ohne Ausweis von Auslagenpauschalen und Umsatzsteuer,- Kalender

Erstkorrektur	Zweitkorrektur
<hr/>	<hr/>
Punkte	Punkte
<hr/>	<hr/>
Datum	Datum
<hr/>	<hr/>
Name, Unterschrift	Name, Unterschrift
<hr/>	<hr/>

Aufgabe 1**6 P**

Welche Aussagen zur Berufsausbildung sind richtig oder falsch?

Kreuzen Sie an!

Aussage	richtig	falsch
Die Probezeit beträgt grundsätzlich ein halbes Jahr.		
Bei Berufswechsel nach der Probezeit kann der Ausbildungsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen gekündigt werden.		
Die jährliche Ausbildungsvergütung steigt nur, wenn der Ausbildende mit der Leistung der Auszubildenden zufrieden ist.		
Die Berufsausbildung endet mit Bestehen der Abschlussprüfung.		
Das Ausbildungsverhältnis kann von Seiten des Ausbilders gekündigt werden, wenn die schulischen Leistungen nicht zufriedenstellend sind.		
Die Abschlussprüfung kann dreimal wiederholt werden.		

Aufgabe 2**4 P**

Die Auszubildende Samira Sauer wird seit dem 01.08.2016 zur Rechtsanwaltsfachangestellten ausgebildet; am 29.01.2017 wurde sie 17 Jahre alt.

a) Wie viel Tage Jahresurlaub stehen ihr 2017 gesetzlich zu?

b) In welchem Gesetz ist dies geregelt? (§-Angabe ist nicht erforderlich.)

Lösung:	Zu a)
	Zu b)

Aufgabe 3**7 P**

Rechtsanwalt Dr. Sorglos beschäftigt zwei Auszubildende, Saskia Braun und Denise Demmer, die beide noch minderjährig sind und somit dem Jugendarbeitsschutzgesetz unterliegen. Die regelmäßige Arbeitszeit am Ausbildungsplatz beträgt täglich acht Stunden.

Beurteilen Sie mit Begründung, ob laut Jugendarbeitsschutzgesetz die folgenden Regelungen zulässig sind.

- a) Dr. Sorglos bietet den beiden an, während der Schulferien an vier Arbeitstagen jeweils ½ Stunde länger zu arbeiten, da freitags im Hochsommer in der Kanzlei die Arbeitszeit um 15.00 Uhr (ansonsten 17.00 Uhr) endet.
- b) Im Februar fiel bezüglich des Unterrichts von Denise Demmer die 6. Stunde am Berufskolleg aus. Da Denise anschließend nach Hause ging, verlangt Dr. Sorglos ab sofort von ihr, dass sie zukünftig bei solchen Fällen in der Kanzlei zu erscheinen habe.

Lösungen:**zu a):****zu b):**

Aufgabe 4**10 P**

Sind die folgenden Aussagen zu einer Partnerschaftsgesellschaft und/oder einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) richtig oder falsch? Kreuzen Sie jeweils an.

	Richtig	Falsch
Ein Rechtsanwalt, ein Steuerberater und ein Wirtschaftsprüfer können bezüglich einer geplanten Zusammenarbeit eine Partnerschaftsgesellschaft oder eine GbR gründen.		
Die gesetzlichen Vorschriften für eine Partnerschaftsgesellschaft und eine GbR sind ausschließlich im BGB geregelt.		
Die Partnerschaftsgesellschaft wird im Partnerschaftsregister eingetragen.		
Die GbR wird im BGR-Register eingetragen		
Der Name der Partnerschaft muss neben dem Namen mindestens eines Partners und dem Zusatz „Partnerschaft“ auch die Berufsbezeichnung aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten.		
Die Partner haften als Gesamtschuldner.		
Die GbR und die Partnerschaftsgesellschaft unterliegen jeweils der Körperschaftsteuer.		
Die Partnerschaftsgesellschaft und die GbR können klagen und verklagt werden.		
Bezüglich der Ergebnisverteilung (Gewinnverteilung) gelten bei GbR und der Partnerschaftsgesellschaft die Regelungen gemäß BGB.		
Das Mindestkapital einer Partnerschaftsgesellschaft und einer GbR beträgt jeweils 10.000,00 €.		

Aufgabe 5**8 P**

Nennen Sie für die folgenden Rechtsformen die Personen, die generell gesetzlich vertretungsberechtigt sind.

Rechtsform	Vertretungsberechtigte Person(en)
Offene Handelsgesellschaft	
Gesellschaft bürgerlichen Rechts	
Aktiengesellschaft	
GmbH	
Kommanditgesellschaft	
Partnerschaftsgesellschaft	
Genossenschaft	
GmbH & Co. KG	

Aufgabe 6**15 P**
(je 1 P)a) Sind die folgenden Aussagen über die **OHG** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine OHG ist eine Kapitalgesellschaft.		
Sie wird in Abteilung A des Handelsregisters eingetragen.		
Sie muss von mindestens zwei Personen gegründet werden.		
Die Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter kann durch Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Bereiche wirksam beschränkt werden.		

b) Sind die folgenden Aussagen über die **GmbH** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine GmbH ist eine juristische Person.		
Sie ist eine Personengesellschaft.		
Sie entsteht erst mit Beginn der Geschäftstätigkeit.		
Der Gesellschaftsvertrag muss notariell beurkundet werden.		
Der oder die Geschäftsführer müssen nicht Gesellschafter der GmbH sein.		
Der Geschäftsführer haftet nur mit seiner Einlage persönlich.		

c) Sind die folgenden Aussagen über die **KG** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine KG ist eine Kapitalgesellschaft.		
Sie hat mindestens einen persönlich haftenden Gesellschafter.		
Ein Kommanditist ist nicht vertretungsberechtigt.		
Ein Gläubiger kann einen Mahnbescheid sowohl gegen die KG selbst als auch gegen den Komplementär richten.		
Bei einer GmbH & Co. KG ist der Kommanditist eine GmbH.		

Aufgabe 7**6 P**

Stellen Sie fest, ob die folgenden Personen Kaufleute sind oder sein können.

Tragen Sie in das Antwortkästchen ein für

Die folgenden Personen

sind auf jeden Fall Kaufmann (Ist- oder Formkaufmann) [1]
 sind Kaufmann, falls sie sich ins Handelsregister eintragen lassen [2]
 sind kein Kaufmann [0]

Erna Ziegler betreibt selbstständig einen Kiosk. Sie hat keine Angestellten. Der Jahresumsatz beträgt 115.000 €.	
Walter Reker betreibt selbstständig ein Busunternehmen. Er beschäftigt 16 Mitarbeiter. Sein Jahresumsatz beträgt 3.900.000 €.	
Die Zahnärzte Dr. Rasch und Dr. Henke beschäftigen 7 Mitarbeiter. Ihr Jahresumsatz beträgt 1.400.000 €.	
Erwin Höller betreibt einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb. (Hauptberuflich ist er Beamter bei der Stadtverwaltung)	
Ludwig Renz ist Geschäftsführer der Growi GmbH in Troisdorf.	
Die Frank & Zöller Rechtsanwalts GmbH beschäftigt vier Fachangestellte. Der Jahresumsatz beträgt 600.000 €.	

Aufgabe 8**12 P**

Einzelkaufmann Fedder (Inhaber der Firma Fedder Gebäudereinigung e.K.) hat seinem Angestellten Büscher am 12.12.16 mündlich Einzelprokura erteilt. In der Ernennungsurkunde, die Büscher am 22.12. ausgehändigt wird, hat Fedder verfügt, dass Büscher alle tagesüblichen Geschäfte tätigen könne, für die Aufnahme von Darlehen von mehr als 20.000,00 € jedoch Fedders ausdrückliche Genehmigung benötige. Die Prokura wird am 18.01.17 ins Handelsregister eingetragen.

Geben Sie für ihre Antworten auf die folgenden Fragen jeweils eine kurze Erklärung.

a) Ab welchem Datum kann Büscher die Unternehmung wirksam vertreten?

b) Wie unterscheidet sich die Einzelprokura von der Gesamtprokura?

Am 21.02.17 nimmt Büscher während Fedders Abwesenheit im Namen des Unternehmens ohne Rücksprache mit diesem ein Darlehen in Höhe von 45.000,00 € bei der Investbank auf. Nach der Rückkehr von seiner Geschäftsreise verweigert Fedder seine Zustimmung zu diesem Darlehensvertrag.

c) Ist der Darlehensvertrag mit der Investbank für Fedders Unternehmung wirksam?

Verärgert über Büschers Eigenmächtigkeit widerruft Fedder am 01.03.17 die Prokura und kündigt das Arbeitsverhältnis fristgerecht zum 31.05.2017. Die Eintragung im Handelsregister wird am 17.03.17 gelöscht.

d) Ab welchem Datum endet die Prokura?

Aufgabe 9**7 P**

Welche der folgenden Sozialversicherungszweige erbringen die unten stehenden Leistungen? Ordnen Sie zu!

Zweige der Sozialversicherung:

1	Gesetzliche Krankenversicherung
2	Gesetzliche Pflegeversicherung
3	Gesetzliche Rentenversicherung
4	Arbeitslosenversicherung
5	Gesetzliche Unfallversicherung

Leistungen:

Vermittlung von Arbeitsplätzen	
Zahlung von Entschädigungen bei Wegeunfällen zur Tätigkeitsstätte	
Leistungen zur Verhütung von Krankheiten	
Zahlung von Altersruhegeld	
Leistungen zur Rehabilitation, um ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit zu verhindern.	
Berufsberatung	
Rehabilitationsmaßnahmen zur Vermeidung einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit	

Aufgabe 10**2 P**

An wen muss Rechtsanwalt Dr. Sorglos für seine Mitarbeiter die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung überweisen?

Lösung:

Aufgabe 11**6 P**

Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die **gesetzliche Pflegeversicherung**.
Kennzeichnen Sie durch Ankreuzen die unten stehenden Aussagen mit richtig oder falsch.

Aussage	richtig	falsch
Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen immer den gleichen Beitrag.		
Der Arbeitnehmeranteil kann höher als der Arbeitgeberanteil sein.		
Die Beiträge sind bei weiblichen Mitgliedern höher als bei männlichen Mitgliedern.		
Der Versicherte erhält eine Rückerstattung der Beiträge, wenn er keine Leistung in Anspruch nimmt.		
Die Leistungen sind unabhängig von der Beitragshöhe.		
Die Beiträge sind unabhängig vom Alter des Versicherten.		

Aufgabe 12**6 P**

Bei welchen der nachfolgend genannten Güter handelt es sich um Konsumgüter, bei welchen um Produktionsgüter (Investitionsgüter)? Kreuzen Sie an!

Gut	Konsumgut	Produktionsgut
Jogginghose		
Palandt (BGB-Kommentar)		
Whiskas (Katzenfutter)		
Büroklammern in der Anwaltskanzlei		
RA-MICRO (Kanzleisoftware)		
Discobesuch		

Aufgabe 13**6 P**

Bei welchen der nachfolgend genannten Bedürfnisse eines durchschnittlichen Bürgers der Bundesrepublik handelt es sich um Existenzbedürfnisse (Grundbedürfnisse), bei welchen um Luxusbedürfnisse, bei welchen um Kulturbedürfnisse? Kreuzen Sie an!

Bedürfnis	Existenz- bedürfnis	Luxus- bedürfnis	Kultur- bedürfnis
Erwerb des Führerscheins			
gesunde Nahrung			
Kinobesuch			
Teilhabe an der elektronischen Kommunikation (Smartphone)			
Ferienhaus in der Toscana			
Wohnung in festem Gebäude			

Aufgabe 14**5 P**

Entscheiden Sie durch jeweiliges Ankreuzen, ob das Minimal-, das Maximalprinzip oder keines von beiden vorliegt.

Sachverhalt	Minimalprinzip	Maximalprinzip	Weder Minimal- noch Maximalprinzip
Das Urlaubsziel in der Schweiz soll per Pkw mit möglichst wenig Benzinverbrauch erreicht werden.			
Mit einem festen Gehaltsniveau aller Angestellten sollen in einer Rechtsanwaltskanzlei möglichst viele Fälle bearbeitet werden können.			
Ein Rechtsanwalt möchte 20.000,00 € so anlegen, dass die höchstmögliche Rendite erreicht wird.			
Mit möglichst wenig Lernaufwand soll die bestmögliche Note erzielt werden.			
Ein Rechtsanwalt will die Kosten für das anstehende Frühjahrsfest möglichst gering halten.			